

**Vorlage  
für die Sitzung  
der städtischen Deputation  
für Soziales, Jugend und Integration  
am 27.04.2017**

**Ferienangebote für Kinder und Jugendliche bündeln und vergünstigen – Bremer Ferienpass einführen, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 19/342 S) vom 02.08.2016**

**A. Problem**

Die Fraktion DIE LINKE hat am 02.08.2016 in die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) den Antrag (Drs. 19/342 S) eingebracht, die Stadtbürgerschaft möge den Senat auffordern, Ferienangebote für Kinder und Jugendliche zu bündeln und zu vergünstigen. Ein Bremer Ferienpass solle eingeführt werden.

Der Antrag geht davon aus, dass ein Ferien- oder Freizeitpass für Kinder und Jugendliche fehle, mit dem sie einen gesammelten Überblick und vergünstigten Zugang zu den Angeboten erhalten. Vergleichbar zu anderen Städten solle ein solches Angebot geschaffen werden. Vor allem sei der Ferien- oder Freizeitpass notwendig, um für Kinder aus einkommensschwachen Familien Vergünstigungen zu Ferien- und Freizeitangeboten zu schaffen. Bis zu den nächsten Sommerferien solle ein entsprechendes Angebot geschaffen werden. Der Pass solle für einkommensschwache Familien kostenfrei und für alle anderen sehr günstig in der Größenordnung von 5 € abgegeben werden. Der Ferienpass solle möglichst vollständig alle bestehenden Angebote bündeln und neue erschließen. Dazu sollten möglichst viele Kooperationspartner wie die Bremer Bäder, die Träger der Kinder- und Jugendhilfe, der Bremer Jugendring, die Bürgerhäuser, die Musik- und die Volkshochschule, der Museumsverband Niedersachsen und Bremen sowie die Handelskammer und andere Gemeinden beteiligt werden. Der administrative Aufwand sei überschaubar.

Die Stadtbürgerschaft ist daher gebeten worden zu beschließen

Der Senat wird aufgefordert

1. Bis zum April 2017 ein Konzept vorzulegen, um in der Stadtgemeinde Bremen einen Ferienpass mit altersgerechten Angeboten für Kinder und Jugendliche einzuführen, der bestehende Angebote übersichtlich und möglichst vollständig bündelt und weitere Kooperationen anregt und erschließt.
2. Mit möglichen KooperationspartnerInnen in Verhandlungen zu treten, um für InhaberInnen des Ferienpasses möglichst weitgehende Vergünstigungen zu den Angeboten zu erzielen, die spätestens ab den Sommerferien 2017 greifen sollen.
3. Die Bürgerschaft möglichst frühzeitig über die konkrete Ausgestaltung und Finanzierung des Projektes zu informieren.

Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) hat den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration überwiesen (Beschlussprotokoll 17. Sitzung, 23.08.2016, Nr. 19/188 S Nr. 3).

## B. Lösung

Der Antrag zielt unter *dem ersten* Beschlussvorschlag auf ein bis April 2017 vorzulegendes Konzept ab, um in der Stadtgemeinde Bremen einen Ferienpass mit altersgerechten Angeboten für Kinder und Jugendliche einzuführen, der bestehende Angebote übersichtlich und möglichst vollständig bündelt und weitere Kooperationen anregt und erschließt.

Bremen hat bisher keinen Ferienpass, setzt aber seit Jahren in seiner Informationsstrategie über die Ferienangebote für Kinder und Jugendliche auf eine Bündelung der Informationen in mehreren Medien und arbeitet dazu kooperativ mit außenstehenden Akteuren zusammen. Dabei wird berücksichtigt, dass sich die Zugangswege zu Informationen erfahrungsgemäß nicht allein auf einen Informationskanal beschränken.

Während der Sommerferien wird täglich im Weser-Kurier über Ferienangebote berichtet. Ebenso veröffentlicht der Weser Report in Kooperation mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Mitte Mai in einer Sonderbeilage einen Überblick über die Angebote in der Ferienzeit. Im Jahr 2016 umfasste die Beilage 46 Seiten und enthielt insbesondere auch Hinweise auf die über die Daniel-Schnakenberg-Stiftung geförderten Familienerholungsmaßnahmen. Da der Weser Report kostenlos an alle Haushalte verteilt wird, erhalten so auch Familien, die keine Tageszeitung beziehen, einen Gesamtüberblick. Darüber hinaus werden Exemplare dieses Ferienkalenders an alle Schulen und Kitas und andere öffentliche Räume, in denen sich Kinder, Jugendliche und Eltern aufhalten, verteilt oder ausgelegt.

Andere monatlich erscheinende Printmedien für Familien geben vor den Sommerferien einen Ferienaktivitätenkalender in ihrer Zeitschrift heraus. Zudem veröffentlichen Vereine auf ihren Internetseiten die Angebote für Kinder und Jugendliche.

Es gibt über den Kreissportbund (KSB) Bremen und den KSB Bremen-Nord darüber hinaus ein vielfältiges Ferienprogramm mit zahllosen kostenfreien Angeboten. Beide Kreissportbünde werden bereits von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport dafür finanziell unterstützt. Auch viele Vereine beteiligen sich – oft kostenfrei – an den Angeboten.

Zahlreiche Kultureinrichtungen, wie zum Beispiel die Bürgerhäuser, bieten ein Sommer- und Ferienprogramm an. Alle Angebote werden zentral auf einer Homepage erfasst und können für alle Häuser zentral eingesehen werden. Andere Kultureinrichtungen mit Sommer- und Ferienangeboten werben zumeist über ihre eigenen Webseiten oder alternative Werbemedien.

Die Museen sind in sehr unterschiedlicher Trägerschaft und haben verschiedene Vermittlungsangebote und Preissysteme. Mehrheitlich ist der Eintritt bis 6 Jahre frei, darüber liegt er zwischen 1 und 3 Euro. Viele Museen bieten in den Ferien spezielle Angebote an, die auf der jeweiligen Homepage angekündigt werden. Viele kleinere und größere touristische Einrichtungen sind schon in stadtteilbezogenen Ferienkalendern ein fester Bestandteil mit ihren Angeboten zur Ferienzeit.

Eine Bündelung aller Informationen über Ferienangebote für Kinder und Jugendliche an einer zentralen Stelle im Internet wird als perspektivisch wünschenswert, jedoch nicht kurzfristig umsetzbar angesehen.

Mit *dem zweiten* Beschlussvorschlag sollen dem Senat Verhandlungen mit möglichen Kooperationspartnerinnen und -partnern aufgegeben werden, um Inhaberinnen und Inhabern des Ferienpasses möglichst weitgehende Vergünstigungen zu Angeboten zu schaffen, die spätestens ab den Sommerferien 2017 greifen sollen.

Bei privaten Anbietern zeigen die Erfahrungen mit der Akquise neuer Angebote für Inhaberinnen und Inhaber der Ehrenamtskarte, dass es eines erheblichen Verwaltungsaufwandes bedarf, einerseits um neue Unterstützer zu finden und um sie andererseits auch längerfristig zu halten. Bei einem Sommerferienpass dürfte der Aufwand höher sein, da die Unterstützungsbereitschaft jährlich neu abgefragt werden müsste.

Bei nicht kommerziellen Anbietern ist - wie oben bereits ausgeführt - eine Vielzahl kostenfreier Angebote bereits vorhanden. Für eine weitere Ausweitung des Kinder-Ferienangebotes, wäre eine zusätzliche Bezuschussung erforderlich. Die entsprechende Stelle müsste sich mit den Einrichtungen einzeln in Verbindung setzen und Verhandlungen über erwünschte Vergünstigungen führen. Für die Bremer Museen wäre der Museumsverband dafür nicht der richtige Ansprechpartner. Er ist ein freier Interessenverband und keine zentrale, übergeordnete Einrichtung.

Von der Einbeziehung touristischer Einrichtungen würden diese profitieren, allerdings ist zu beachten, dass die touristischen Einrichtungen Bremens betriebswirtschaftlichem Handeln unterliegen. Eine Bezuschussung für die Gewährung kostenfreier oder – günstiger Angebote wäre wie auch bei den Kreissportbünden und Sportvereinen erforderlich.

Die Einführung eines Bremer Ferienpasses mit einer Bündelung von Angeboten für Kinder und Jugendliche in Bremen möglichst in Kooperation mit niedersächsischen Nachbargemeinden wäre – anders als die Antragsteller unterstellen - kosten- und personalintensiv und würde erheblichen zusätzlichen administrativen Aufwand bedeuten. Neben der Konzeptentwicklung zur Einführung, Teilnahme und zum Vertrieb des Passes sowie zur Kostengestaltung wären die Voraussetzungen für die dauerhafte Umsetzung zu entwickeln.

Aus kinder- und jugendpolitischer wie auch aus familienpolitischer Sicht sind grundsätzlich weitere Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen an Freizeit- und Erholungsangeboten zu begrüßen.

Die bisherige Strategie der Zusammenarbeit der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport mit Sportvereinen, Jugendverbänden, Jugendhelfeträgern und Arbeitgebern hat in den letzten Jahren einen Schwerpunkt in die Angebotsentwicklung von ganztägigen Ferienaktivitäten, die ohne eine Unterstützung der berufstätigen Eltern wahrgenommen werden können, gelegt. So bieten z.B. Sportvereine für eine Ferienwoche ein Sportcamp in Bremen für Kinder an, die nicht Mitglied im Sportverein sind. Hierzu gibt es eine finanzielle Unterstützung der Daniel Schnakenberg Stiftung. Andere Träger wie die AWO oder der CVJM organisieren Wochenangebote am Uni-See und ermöglichen so Bremer Kindern während der Berufstätigkeit ihrer Eltern Ferienspaß. Diese und ähnliche Ferienangebote sollen auch in Zukunft für viele bremische Kinder, insbesondere im Grundschulalter, erhalten und wo möglich ausgeweitet werden. Strategisch wird bisher der Fokus weniger auf die quantitative Ausweitung einzelner, stundenweiser Angebote gelegt, als vielmehr auf eine tage- oder wochenweise Aufstellung von Angeboten, die neben der Feriengestaltung für die Kinder und Jugendliche vor Ort zugleich einen Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten.

Der *dritte* Beschlussvorschlag sieht die möglichst frühzeitige Information über die konkrete Ausgestaltung und Finanzierung des Projektes vor.

Auf die oben bereits ausgeführte Informations- und Unterstützungsstrategie der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zu Ferienangeboten wird Bezug genommen.

Andere Städte haben zum Teil eine jahrzehntelange Tradition mit Ferienpässen, wobei dafür personelle und finanzielle Ressourcen eingesetzt werden. Die Aufstellung eines Ferienpasses für die Sommerferien hat nach den Erfahrungen in anderen Städten, in denen der Ferienpass Tradition ist, einen Vorlauf von ca. sechs Monaten besonders arbeitsintensiver Zeit; für das An-

gebot in den Sommerferien beginnen die Arbeiten im Dezember des Vorjahres. Für die Schaffung eines neuen Ferienpasses mit vergünstigten Angeboten dürfte der zeitliche Aufwand erheblich höher liegen. Als personelle Ressource ist anderen Städten (Hannover und Hamburg) vergleichbar nach der Einführung eine Vollzeitkraft für ein halbes Jahr vollständig nur für diese Aufgabe einzusetzen. Hinzu kommt ein finanzielles Budget, das ca. zwischen 50.000 € und 100.000 € liegen sollte, um Angebote öffentlicher und nichtkommerzieller Träger zu bezuschussen. Diese Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung.

Für die Bündelung aller Informationen über Ferienangebote für Kinder und Jugendliche an einer zentralen Stelle im Internet und die Einführung eines Ferienpasses mit neuen Vergünstigungen wäre voraussichtlich ab dem Haushalt 2018/2019 der Einsatz von einer vollzeitbeschäftigten Sachbearbeitung und ein finanzielles Budget erforderlich. Bei einer Übertragung der Aufgabe an einen außenstehenden Projektträger wären aufgrund der Ansätze in anderen Städten Finanzmittel in Höhe von ca. 100.000 € vorzusehen. In den Eckwerten der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport für den Haushalt 2018/2019 können diese Haushaltsmittel nicht abgebildet werden.

### **C. Alternativen**

Werden nicht empfohlen.

### **D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung**

Die Wirtschaftlichkeitsprüfung kann entfallen, da die Ablehnung des Antrages empfohlen wird. Die Gender Prüfung ergibt keine besondere Betroffenheit eines Geschlechts. Personalwirtschaftliche Auswirkungen entstehen bei der Ablehnung des Antrages nicht.

### **E. Beteiligung / Abstimmung**

Die Abstimmung mit der Senatorin für Kinder und Bildung, dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie dem Senator für Kultur wurde eingeleitet.

### **F. Beschlussvorschlag**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration schlägt der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) vor, den Antrag „Ferienangebote für Kinder und Jugendliche bündeln und vergünstigen – Bremer Ferienpass einführen (Drs. 19/342 S) der Fraktion DIE LINKE vom 02.08.2016 abzulehnen.

### **Anlage/n:**

**Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zum Antrag der Fraktion Die Linke vom 02.08.2016 (Drucksache 19/342 S)**